

Fusion KMW & Nexter schadet deutschen Interessen

Ein Statement von Rainer Arnold, verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Wer eine vertiefte Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) anstrebt und damit auf lange Sicht die Vision einer europäischen Armee verfolgt, muss wissen, dass dies nur in enger Kooperation mit Frankreich gelingen kann. Zweifelsohne ist Frankreich in vielerlei Hinsicht ein schwieriger Partner für Deutschland: Für Frankreich ist der Einsatz militärischer Mittel und forcierter Rüstungsexporte ein gängiges außenpolitisches Instrument. Der Fokus liegt dabei auf einer starken staatlichen Industrie.

In Deutschland dagegen ist die Rüstungsindustrie privatwirtschaftlich organisiert. Es besteht eine Tradition militärischer Zurückhaltung und der Einbeziehung moralischer Abwägungen bei Rüstungsexporten.

Dem Aufruf des Bundespräsidenten, mehr Verantwortung in der Welt zu übernehmen, ist die deutsche Gesellschaft und Politik noch nicht ausreichend nachgekommen. Bei uns ist die Bedeutung der Option „militärischer Einsatz“ noch nicht geklärt, so sehr wir uns auch einig sind in Bezug auf Diplomatie, zivile Krisenprävention und faire wirtschaftliche Zusammenarbeit. Am Ende wird sich auch die deutsche Politik auf die französischen Sichtweisen zubewegen müssen. Ansonsten wird die Vertiefung der ESVP keine entscheidenden Schritte vorankommen.

Dazu gehört die notwendige Konsolidierung der Rüstungswirtschaft auf europäischer Ebene. Die Budgets sind überall knapp, die zu beschaffenden Stückzahlen klein und nach den derzeit zulaufenden Großprojekten ist besonders in Deutschland nichts mit nur annäherndem Volumen in Sicht. Deshalb bleibt es notwendig, insbesondere mit Frankreich in einer konsolidierten Rüstungswirtschaft zukünftige Großvorhaben gemeinsam zu entwickeln.

Aber um dabei von der starken französischen Präsenz nicht untergebuttert zu werden, müssen wir es den Franzosen gleichtun: Konsequenz an nationalen Interessen festhalten und diese bei Zusammenschlüssen entsprechend verteidigen. Dies bedeutet, wie bei unseren französischen Partnern selbstverständlich, politisch Einfluss zu nehmen und zu gestalten. Die schlechten Erfahrungen, die Deutschland bei dem Gemeinschaftsunternehmen Airbus mit der Konzentration der wichtigen Entwicklungs-

kapazitäten auf den französischen Standort Toulouse gemacht hat, dürfen sich nicht wiederholen. Bei dem gemeinsamen Vorhaben für das schwere geschützte Fahrzeug "Boxer" sind die Franzosen auf der Strecke ausgestiegen, haben die vorliegenden Ergebnisse mitgenommen und für ein eigenes Produkt genutzt.

Nur harte Verhandlungen auf Augenhöhe und die andauernde politische Begleitung führen deshalb am Ende zu tragfähigen Kompromissen, die auch deutschen Interessen wahren.

Vor diesem Hintergrund muss die geplante Fusion der Panzerschmiede KMW mit dem staatlichen französischen Rüstungsunternehmen NEXTER äußerst kritisch bewertet werden. Sicher, rein betriebswirtschaftlich ist der Schritt schlüssig: NEXTER ist im internationalen Markt nicht wettbewerbsfähig; KMW ist zwar technologisch herausragend, hat aber mit eingeschränkten Exportmöglichkeiten zu kämpfen. Mit einer Fusion zu „KANT“ (KMW & Nexter), wird KMW zunehmend ein französisches Unternehmen und die auch mit deutschen Steuermitteln aufgebaute Spitzentechnologie wandert ins Nachbarland ab.

Mehrere Argumente sprechen für diese Prognose: Selbstverständlich denkt KMW bei der Debatte um die Fusion über verbesserte Exportmöglichkeiten über Frankreich nach; mit dem Zusammenschluss lassen sich die strengen deutschen Export-Richtlinien in naher Zukunft umgehen. Eine Lösung der Exportfrage, die sich sowohl für KMW als auch für die französische Regierung als eines ihrer außenpolitischen Instrumente stellt, könnte laut KMW-Geschäftsführung eine 80/20- Prozent Regelung sein. Das bedeutet: Das Land in dem 80 % Produktionsanteil geleistet wird, trifft alleine die Exportentscheidungen. Es bedarf keiner großen Phantasie um sich auszumalen, welches Land sich demnach den großen Wertschöpfungsanteil sichert. Damit hätte Deutschland keine Möglichkeit mehr, einen von Frankreich gewünschten Export zu verhindern. Und wenn deutsche Politik beim wichtigen Vorhaben des Kampfpanzers der Zukunft eine entsprechende hälftige Arbeitsteilung zur Bedingung macht, wird Frankreich wahrscheinlich den gemeinsamen Entwicklungsweg nach der Definitionsphase - wie schon beim Boxer - zugunsten eines nationalen Vorhabens verlassen. Wer sich also auf eine wie auch immer gelagerte prozentuale Exportgenehmigungspraxis einlässt, nimmt sehenden Auges in Kauf, dass eine bis heute im Weltmaßstab herausragende Fähigkeit beim Bau von Kampfpanzern in Deutschland verschwinden wird.

Nicht übersehen werden darf auch, dass NEXTER besonders in strukturschwachen Regionen angesiedelt ist. Der Aufschrei in der französischen Gesellschaft und Politik wäre dementsprechend groß, wenn es um Synergie-Effekte und damit um Standortschließungen geht. Im Gegensatz dazu scheinen München und Kassel eine Standortverschiebung zugunsten Frankreichs einfach hinzunehmen. Schon jetzt wird sichtbar formuliert, dass bei Überschneidungen der Produktpaletten beider Unternehmen kein Wettbewerb innerhalb des Unternehmens stattfinden darf. Diesbezüglich ließ NEXTER schon frühzeitig verlauten, kostengünstiger und damit vorteilhafter zu produzieren; deutsche moderne Technik hat damit möglicherweise keine Chance mehr.

Das „KANT“ genannte Joint Venture sieht eine auf fünf Jahre befristete 50:50 Beteiligung beider Unternehmen vor, die damit gleichberechtigt Entscheidungen treffen. Nach fünf Jahren sind der Aktienverkauf und damit die Neuverteilung der Anteile und der Entscheidungsmacht möglich: Auf den Fluren der französischen Politik ist schon jetzt deutlich zu vernehmen, dass perspektivisch bereits geplant ist, die Firmenanteile der Familie Bode zu übernehmen.

Damit verliert Deutschland nicht nur eine strategisch wichtige Kernkompetenz, sondern auch die Rüstungssparte der Firma Rheinmetall und viele mittelständischen Zulieferer werden den Kürzeren ziehen. Bisher arbeitete KMW eng mit Rheinmetall zusammen, Rheinmetall ist in dieser Konstellation insbesondere für Waffensystemtechnik und elektronische und optische Komponenten zuständig. Der französische Konzern Thales kann das Allermeiste durchaus auch liefern und auch hier versteht die französische Politik, die nationalen Interessen hart zu wahren. Obendrein wird Frankreich ein „Golden Share“ auf einen Teilbereich (Munition) zugesichert, womit sich der Staat ein Vetorecht sichert; Deutschland hat so etwas nicht.

Deutsche Sicherheitsinteressen sprechen eindeutig gegen KANT. Und wenn die jetzt erfolgte Definition der Schlüsselfähigkeiten mit dem besonderen Blick auf schwere Kampffahrzeuge nicht von Anfang an zur Makulatur werden soll, muss deutsche Politik alle Möglichkeiten des Außenwirtschaftsrechts nutzen, um die Fusion zumindest in der geplanten Form zu verhindern. Mit der Festlegung von Schlüsselfähigkeiten kommt

der deutschen Rüstungswirtschaft eine strategische Bedeutung zu, die über die reine Ausstattung der Bundeswehr hinausgeht. Für Frankreich bildet diese Industrie schon längst einen selbstverständlichen und unverzichtbaren Teil der staatlichen Verantwortung.

Sinnvoll wäre deshalb zunächst die Zusammenführung von KMW mit der Rüstungssparte von Rheinmetall um daraus die erforderliche europäische Konsolidierung zu entwickeln. Es schmerzt, dass solche Überlegungen - nicht zuletzt auch aufgrund persönlicher Animositäten der Geschäftsleitungen - nie ernsthaft verfolgt wurden. Hier müsste die deutsche Politik eigentlich eingreifen und darauf drängen, den Verhandlungstisch für Fusions-Gespräche auf weitere Partner (auch aus anderen europäischen Ländern) zu erweitern. Mag sein, dass dieser Zug längst abgefahren ist, aber nach den Vertragsunterschriften beginnt erst das Prüfverfahren mit den vorhandenen Gestaltungsmöglichkeiten nach dem Außenwirtschaftsgesetz.

Ich will weder dem derzeitigen Management von KMW noch der Eigentümerfamilie das ernsthafte Engagement für Arbeitsplätze, Technologie und deutsche strategische Interessen absprechen. Aber aus den Erfahrungen in der Vergangenheit, auch im Bereich von Airbus, kann man angesichts der massiven Interessensvertretung und dem engen Schulterschluss der französischen Rüstungswirtschaft mit der Politik nicht ausblenden, dass deutsche Interessen dort allzu häufig unter die Räder kommen. Die nächsten fünf Jahre sind schnell vorbei und die Erbgeneration von KMW wird vor allem ihre Dividenden im Blick haben. Dann ist es allerdings zu spät. Deshalb sollte jetzt der mittelfristig einfache Übergang von KMW in französische Zuständigkeiten und damit der Ausverkauf einer wichtigen Kernfähigkeit ebenso verhindert werden wie das Ausschalten eines bisher erfolgreichen deutschen Konkurrenten auf den für Frankreich wichtigen Märkten.

Mit der Fusion wird KMW zunehmend ein französisches Unternehmen und die auch mit Steuermitteln aufgebaute Technologie wandert ins Nachbarland ab. Deutschland würde seinen Spitzenplatz unwiederbringlich verlieren. Und der „Leopard der Zukunft“ würde ein Franzose.